

Doppelhaushalt 2009/2010 verabschiedet

Am 2. April hat der Bayerische Landtag mit den Stimmen von CSU und FDP den **Doppelhaushalt 2009/2010 verabschiedet**. Er hat ein **Volumen von 40,6 Mrd. Euro (2009) bzw. 41,8 Mrd. Euro (2010)** und überzeugt durch zielgerichtete Investitionen in die Zukunft. So stehen im Jahr 2009 für **öffentliche Investitionen insgesamt 5,6 Mrd. Euro** zur Verfügung. Gleichzeitig setzten wir **zahlreiche Schwerpunkte mit nachhaltig positiver Wirkung für die Zukunft unseres Landes**.

So schaffen wir **z.B. 2.738 neue Lehrerplanstellen** und finanzieren mit zusätzlichen 100 Mio. Euro den Ausbau der Ganztagschulen. **An den Hochschulen** schaffen wir **bis 2011 3.000 neue Stellen für wissenschaftliches Personal**; hierfür sind in den nächsten beiden Jahren knapp 250 Mio. Euro zusätzlich veranschlagt. **Kinderbetreuungsangebote werden in 2009 mit 676 Mio. Euro, im Jahr darauf sogar mit 720 Mio. Euro gefördert**.

Einen wichtigen Schwerpunkt setzen wir auch im Bereich der Inneren Sicherheit. So gibt es **in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 500 zusätzliche Stellen für Polizeibeamte** und insgesamt **rd. 230 neue Stellen im Justizbereich**. Von besonderer Bedeutung ist **der bayerische Mittelstandsschirm**. In diesem Zu-

sammenhang sind besonders die Fortführung der Regionalförderung auf hohem Niveau, die Aufstockung des Mittelstandskreditsprogramms und die Erweiterung des Bürgschaftsrahmens hervorzuheben.

Dass der **kommunale Finanzausgleich** erneut die **Rekordmarke von insgesamt 6 Mrd. Euro übersteigt**, ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass wir in der Stärkung der Kommunen eine unserer ganz zentralen Aufgaben sehen. Schließlich **unterstützt der Doppelhaushalt 2009/2010 auch die bayerischen Landwirte**, was sich etwa bei der **Milchkuhprämie** (rund 31 Mio. Euro) oder mit Blick auf die **Erleichterungen bei der Agrardieselbesteuerung** (ca. 67 Mio. Euro) zeigt.

Die CSU-Fraktion hat die Mittelansätze in vielen wichtigen Bereichen weiter verstärkt, z. B. in der Regionalförderung, bei der Dorferneuerung und im Staatsstraßenbau.

Der Doppelhaushalt 2009/2010 ist ein **Dokument mutigen und kraftvollen Handels**, um gestärkt aus der aktuellen globalen Konjunkturkrise hervorzugehen. Gleichzeitig haben wir es geschafft, dass der **allgemeine Haushalt ohne neue Schulden ausgeglichen bleibt**.

Bürokratie für Handwerker abbauen

Nach geltendem EU-Recht sind Handwerksbetriebe bei Fahrzeugen über 3,5 t grundsätzlich verpflichtet, die Lenk- und Ruhezeiten aufzuzeichnen. Eine Befreiung hiervon gibt es nur, wenn sie von ihrem Firmensitz aus einen Aktionsradius von 50 Kilometern nicht überschreiten.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen sich Handwerksbetriebe in vielen Regionen auch weiter ent-

fernt um Aufträge bemühen. Die dann daraus resultierenden Dokumentationspflichten stellen eine **nicht unerhebliche bürokratische Belastung** dar. Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die europarechtlich vorgeschriebene Umkreisbegrenzung im Fahrpersonalrecht von 50 **auf mindestens 150 Kilometer ausgedehnt wird**.

Durchlässigkeit des differenzierten Schulsystems weiter erhöhen

Die **Hauptschule** ist eine **wichtige Säule des bayerischen Bildungssystems mit Anschlussmöglichkeiten**. Schon jetzt gibt es für Hauptschüler mehrere Wege, auch den mittleren Bildungsabschluss zu erwerben, etwa die M-Züge an den Hauptschulen und Wirtschaftsschulen oder im Rahmen der beruflichen Bildung.

Entsprechend dem **Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“** ist es unser **Ziel, noch mehr Schülerinnen und Schülern** die Chance zu eröffnen wohnortnah einen **höheren Bildungs-**

abschluss zu erreichen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in einem Antrag dafür ausgesprochen, **in Modellversuchen weitere Möglichkeiten zu erproben, wie Hauptschulabsolventen** im Anschluss an den qualifizierenden Hauptschulabschluss **durch zusätzliche schulische Angebote** – an der Hauptschule, der Realschule, der Wirtschaftsschule und an solchen Standorten, an denen Haupt- und Realschule kooperieren – **in maximal zwei Jahren die Mittlere Reife erwerben können**.

Verantwortungsvoller Umgang mit persönlichen Daten im Internet

Gerade **Kinder und Jugendliche** werden **bei der Nutzung des Internets** mitunter **dazu verleitet, sensible persönliche Daten und Bilder auf Internetplattformen zu veröffentlichen**. Dabei sind sie sich der **Gefahren**, die mit der dadurch erzeugten räumlich wie zeitlich nahezu unbeschränkten Öffentlichkeit verbunden sind, **häufig nicht ausreichend bewusst**.

Schon **bislang** hat die Staatsregierung **vielfältige Maßnahmen** unternommen, **um die Medienkompetenz dieser jungen Internetnutzer zu stärken**. Dennoch sind aus Sicht der

CSU-Fraktion **weitere Anstrengungen notwendig**. Deshalb haben wir von der Staatsregierung verlangt, die bereits vorhandenen Aktivitäten zur Schulung von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf den Umgang mit persönlichen Daten im Internet und in mobilen Diensten auszuweiten. Dazu soll **geprüft werden, wie die bestehenden Angebote von Schulen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sinnvoll vernetzt und weiter entwickelt werden können**. Parallel hierzu sollen **auch die Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz von Eltern** weiterentwickelt werden.

Entwicklung des Klinikums Augsburg

In einem weiteren Antrag hat sich die CSU-Fraktion mit der **zukünftigen Gestaltung des Klinikums Augsburg** befasst. Dabei haben wir die Staatsregierung aufgefordert, die Umsetzung der für das Klinikum Augsburg erarbeiteten Struktur- und Organisationsuntersuchung zu unterstützen und mit den Trägern des Klinikums ein Lösungskonzept für die erforderlichen Investitionsmaßnahmen zu formulieren. Außerdem soll im Rahmen der laufenden Generalsanierung die medizinischtechnische Ausstattung auf höchstem Niveau sichergestellt werden.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung die **Möglichkeiten und einzelnen Realisierungsschritte auf dem Weg zu einer universitätsmedizinischen Einrichtung bis hin zu einem Universitätsklinikum** in Augsburg darstellen und Kooperationen des Klinikums in Forschung und Lehre mit geeigneten Einrichtungen und Hochschulen unterstützen. Deshalb soll auch geprüft werden, wie weit in Augsburg Lehrstühle für Umweltmedizin, Allgemeinmedizin, Palliativmedizin sowie für medizinische Fort- und Weiterbildung eingerichtet werden können.

Schließlich kommt es uns darauf an, dass **die für Augsburg erforderli-**

chen Maßnahmen nicht zu Lasten der anderen Hochschulen und bestehenden Universitätsklinikum umgesetzt werden.

Kinderlärm kein Grund für Nachbarschaftsklagen

Immer wieder wird in den Medien über Fälle berichtet, in denen der von Kindertageseinrichtungen, Spielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehende Lärm Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung ist.

Die CSU-Fraktion unterstützt die Aussage von Bundespräsident Horst Köhler, dass Kinderlärm Zukunftsmusik ist, und bekräftigt, dass die von Kindern verursachten Geräusche unabhängig von ihrer Lautstärke nicht mit Verkehrs- oder Industrielärm gleichgesetzt werden dürfen. Vor die-

sem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, **über bekanntgewordene Fälle in Bayern zu berichten, in denen den genannten Kindereinrichtungen eine Genehmigung zur Errichtung bzw. zum Betrieb nicht erteilt bzw. entzogen wurde, weil lärmschutzrechtliche Belange Dritter vorrangig Beachtung fanden.** Erforderlichenfalls wollen wir die **gesetzlichen Grundlagen so ändern, dass Kinderlärm kein Grund für Nachbarschaftsklagen** gegen solche Einrichtungen mehr sein kann.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Bericht über den Zustand der Staatsstraßen

Die Staatsregierung soll im Landtag über den Zustand der Staatsstraßen berichten und dabei insbesondere die **Zustandsentwicklung des Staatsstraßennetzes** und den für die Erhaltung der Staatsstraßen **erforderlichen Finanzbedarf** darstellen.

Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof-Regensburg

Die Bahnstrecke Hof-Regensburg stellt einen wichtigen Bypass zur Verbindung Nürnberg-Bamberg-Hof dar. Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich gegenüber Bund und DB AG für die Aufnahme der Elektrifizierung dieser Strecke **in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans** einzusetzen.

Deutlichere Gestaltung der Rechtsbehelfsbelehrungen bei Hartz IV-Bescheiden

In einem Antrag haben wir von der Staatsregierung verlangt, bei der Bundesagentur für Arbeit darauf hinzuwirken, die **Rechtsbehelfbelehrung des Musterbescheides für den Hartz-IV Vollzug** durch drucktechnische Hervorhebung so zu gestalten, dass

sie für die Bürgerinnen und Bürger **deutlicher erkennbar** ist. Damit wollen wir es den in der Regel im Rechtsverkehr ungeübten Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, die formellen Voraussetzungen für die Einlegung eines Rechtsbehelfs einzuhalten.